

Plandiskussion erkennen und mit zweckmäßigen Methoden die Grundorganisationen qualifiziert anleiten.

Eines dieser guten Beispiele hat die Kreisleitung Schönebeck, Bezirk Magdeburg, gegeben, die ihre Grundorganisationen in einer vorbildlichen Weise auf die Bedeutung der Plandiskussion für 1958 hinwies. Ihr Büro beschloß am

25. Juni eine Direktive für die Parteiorganisationen des Kreises. Sie enthält die Aufgaben bei der Plandiskussion für die Parteiorganisationen der sozialistischen Betriebe, der staatlichen Organe des Kreises, für die Genossen in der Gewerkschaft und die Abteilungen des Apparates der Kreisleitung. Zu dem Zeitpunkt, als dieser Beschluß gefaßt wurde, waren die sozialistischen Betriebe und auch der Rat des Kreises noch nicht im Besitz der Plandirektive für 1958. Sie wurden aber bereits durch ihn angeregt, sich eigene Gedanken zum Planprojekt zu machen und Vorkehrungen zu treffen, daß die Arbeiten an diesem nach Eintreffen der Direktive unverzüglich beginnen konnten.

Der Beschluß des Büros der Kreisleitung Schönebeck orientiert die Parteiorganisationen darauf, die Erfahrungen des Vorjahres in der Plandiskussion auszuwerten und erläuterte den Parteiorganisationen die neuen Aufgaben in diesem Jahr, die sich durch den Beschluß des Wirtschaftsrates ergeben. Die Kreisleitung Schönebeck gab eine Reihe guter prinzipieller Hinweise, wie zum Beispiel: Die Plandiskussion muß eine Sache des ganzen Parteiapparates sein. Es wurden auch propagandistische und agitatorische Maßnahmen beschlossen. So sollen sich, wenn während der Plandiskussion in den Belegschaften der sozialistischen Betriebe Zweifel oder Unglaube an die Wirksamkeit der sozialistischen Planung geäußert werden, der Betriebsfunk, die Betriebszeitung oder die Kreisseite der „Volksstimme“ prinzipiell damit auseinandersetzen.

Eine solche Orientierung trägt zur Überwindung ressortmäßiger Auffassungen bei und verbessert die Arbeitsweise des ganzen Apparates der Kreisleitung. In dem Beschluß des Büros wird auch richtig auf die größere Verantwortung der neugewählten Volksvertretungen hingewiesen. Es heißt: „Damit die größeren Rechte und Pflichten der neugewählten Volksvertretung sich auch bei der Ausarbeitung des Planvorschlages für 1958 auswirken, ist es notwendig, daß besonders Augenmerk auf die Arbeit der Parteiorganisationen in den staatlichen Organen und der Parteigruppen in den Volksvertretungen gelegt wird. Der Sekretär der Parteigruppe des Kreistages wird beauftragt, in der nächsten Beratung der Parteigruppe die Aufgaben der örtlichen Staatsorgane bei der Ausarbeitung der Planvorschläge zu behandeln.“

Die Aussprache mit der Parteigruppe des Kreistages erfolgte gleichfalls am 25. Juni 1957. Man muß sagen, daß es allerdings weniger eine Beratung der Probleme war, sondern mehr eine Information, da die neugewählten Abgeordneten, denen in der Parteigruppe noch einmal grundsätzlich ihre Aufgaben als Volksvertreter erläutert wurden, selbst noch stark mit den Problemen zu ringen haben. Trotzdem war diese Zusammenkunft der Parteigruppe fruchtbar. Das zeigte sich bei der Arbeit der Ständigen Kommissionen, die bei der Planausarbeitung für 1958 große Aktivität entwickelten. So beschloß zum Beispiel die Ständige Kommission für örtliche Wirtschaft bereits in ihrer konstituierenden Sitzung einen Arbeitsplan, der auch die Aufgaben bei der Vorbereitung des Planprojekts 1958 enthält.

Bei dieser Beratung zeigte es sich, daß die neugewählten Genossen Volksvertreter noch viel Unterstützung brauchen. Die Mitglieder der Kreisleitung und